

Novelle zum Suchtmittelgesetz: Keine Einigung im Jugendparlament

Zwei Entschließungsanträge zur Verbesserung der Prävention

Wien (PK) - Trotz der mühsam erzielten Einigung im Ausschuss des Jugendparlaments fand die Änderung des Suchtmittelgesetzes nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Auch ein noch im Plenum eingebrachter Abänderungsantrag der gelben Fraktion (Abgeordnete Sarah Holzer) wurde nicht ausreichend unterstützt. Damit gelten die derzeitigen Bestimmungen des §13 Suchtmittelgesetz auch weiterhin.

Mehrheitlich angenommen wurden jedoch zwei Entschließungsanträge: Der Klub der Gelben machten den Vorschlag, im Sinn der Prävention von Suchtmittelmissbrauch mehr Workshops und Aufklärungsmaßnahmen bereits ab der vierten Schulstufe durchzuführen. Die Abgeordneten der Weißen und Türkisen brachten ebenfalls einen Entschließungsantrag betreffend Präventionsmaßnahmen ein, in dem sie Workshops für die 5. und 9. Schulstufe, Information an Schulen durch ausgebildetes Personal bzw. Menschen mit persönlichem Bezug, Schaffung von Vertrauenspersonen, Hilfe durch externe Hilfezentren und Information über diese Möglichkeiten an jeder Schule, sowie mehr Informationen in den Medien forderten.

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, die den Vorsitz führte, sagte den Jugendlichen zu, dass die Ergebnisse des Jugendparlaments den zuständigen Ausschüssen des Nationalrats weitergeleitet und somit nicht in Vergessenheit geraten würden.

Die Plenardebatte erfolgte in drei Themenbereichen. Zunächst kam es zu grundsätzlichen Stellungnahmen hinsichtlich "Jugendlicher und Sucht", darauf folgten Wortmeldungen zur geplanten Änderung des Suchtmittelgesetzes. Abgeschlossen wurde die Diskussion mit Vorschlägen zu weiteren Maßnahmen im Umgang mit der Suchtproblematik.

Jugendliche und Sucht

Abgeordnete Barbara PEGAM (V) unterstrich die Bedeutung dieses Themas. Risikofaktoren für die Einnahme von Drogen durch Jugendliche sind ihrer Meinung nach vor allem Neugierde, Gruppendruck und ein mangelndes Selbstwertgefühl. Sucht ist eine Erkrankung, betonte Pegam. Je früher diese erkannt werde, desto besser könne geholfen werden, sagte sie. Strafen helfe jedenfalls nicht. Pegam plädierte dafür, an den Schulen verstärkt Aufklärungsmaßnahmen zu setzen, wobei sie eine psychologische Untersuchung für wenig zielführend erachtete. Sie unterstützte daher den im Ausschuss gefundenen Kompromiss.

Abgeordneter Maximilian KRESNIK (W) hielt aus seiner Sicht fest, er könne ein Gesetz, das die Freiheit der Jugendlichen einschränkt, nicht akzeptieren. Drogen seien gefährlich, aber dagegen würden keine strengen Tests helfen. Vielmehr sollten Aufklärung und Information verstärkt werden.

Abgeordnete Sarah HOLZER (G) stellte fest, Prävention müsse auf mehreren Ebenen ansetzen, da Sucht die unterschiedlichsten Ursachen habe. Sie brachte in diesem Zusammenhang einen Abänderungsantrag ein, in dem klar gestellt wird, dass sich das Gespräch mit der Schulpsychologin beziehungsweise dem Schulpsychologen nicht nur auf das Thema Suchtgiftmissbrauch beschränken sollte. Dieser fand dann nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit.

Abgeordnete Melanie LEEB (T) appellierte an die Anwesenden, den Betroffenen zu helfen.

Abgeordnete Dastra ARIAS PIMENTEL (W) machte darauf aufmerksam, dass das Thema "Suchtgiftmissbrauch unter Jugendlichen" ein weltweites Problem darstelle. Ihr Appell lautete: "Keine Macht den Drogen".

Abgeordnete Isabella STEINWENDER (T) unterstrich die Bedeutung gezielter Hilfsmaßnahmen und Aufklärungsarbeit, vor allem für gefährdete Gruppen. Sie kritisierte, dass derartige präventive Hilfsmaßnahmen an vielen Schulen nicht angeboten werden.

Abgeordneter Paul UKOWITZ (W) hielt es für wenig zielführend, das Drogenproblem durch externe Tests in den Griff bekommen zu wollen. Seiner Meinung nach würden verpflichtende Workshops bessere Ergebnisse erzielen. Jedenfalls sollte jeder Schülerin und jedem Schüler in Problemsituationen ein schulpsychologischer Dienst zur Verfügung stehen.

Diskussion über geplante Änderungen des Suchtmittelgesetzes

Abgeordnete Julia GAILER (V) ging auf die Debatte im Ausschuss ein und bedauerte, dass der Abänderungsantrag ihrer Fraktion abgelehnt worden ist. Mehr Kontrollen würden zu mehr Sicherheit führen, argumentierte sie, Ziel sei es, die Betroffenen zu unterstützen und nicht zu bestrafen.

Abgeordnete Simone BRENNER (W) lag die Prävention besonders am Herzen, weshalb sie sich explizit für Workshops in der 5. und 9. Schulstufe einsetzte. Allen SchülerInnen sollten AnsprechpartnerInnen zur Verfügung stehen, forderte sie und unterstrich die Wichtigkeit eines jährlichen Gesprächs mit SchulpsychologInnen.

Für Abgeordneten Lukas KAPUN (G) ist eine jährliche Untersuchung durch den Schularzt zu wenig. Im Vorfeld müsste seiner Meinung nach ein Gespräch mit einer Schulpsychologin bzw. einem Schulpsychologen stehen, denn diese seien speziell ausgebildet und könnten gezielt helfen. Ein solches Gespräch sollte dann die Grundlage für die Entscheidung sein, ob eine ärztliche Untersuchung überhaupt notwendig ist. Drogenkonsum könne man nicht durch Verbote bekämpfen, sondern durch Hilfestellung, zeigte sich Kapun überzeugt.

Abgeordneter Martin WIENER (T) hielt zwar die schulpsychologische Unterstützung für eine gute Idee, da dadurch die Heilungschancen steigen würden, er räumte jedoch ein, dass sich der Staat eine solche Maßnahme derzeit nicht leisten könne. Gleichzeitig kritisierte er den Mangel an Präventionsangeboten und plädierte für mehr Workshops an den Schulen, um Jugendliche vom Drogenkonsum abzuhalten und zu verhindern, dass sie einer Heilanstalt zugewiesen werden müssen.

Abgeordnete Anna ZIEGER (G) trat dafür ein, bereits ab der vierten Klasse Volksschule Workshops mit Fachleuten und Betroffenen bereitzustellen. Vorsicht sei besser als Nachsicht, betonte sie.

Abgeordneter Damian GRBA (T) sprach sich gegen den Einsatz von SchulpsychologInnen aus. Seiner Meinung nach könne man über derartig intime Dinge nur sehr schlecht mit fremden Menschen reden. Gut ausgebildete LehrerInnen, die die SchülerInnen näher kennen, seien daher für eine derart sensible Tätigkeit weitaus besser geeignet, meinte er.

Weitere Maßnahmen im Umgang mit der Suchtproblematik

Abgeordnete Michelle MISCHKREU (V) bekräftigte das Motto "helfen statt strafen" und sprach sich für Workshops, Aufklärungsgespräche etc. ab der fünften Schulstufe aus. Darüber hinaus sollte es für SchülerInnen eine anonyme Anlaufstelle geben.

Abgeordnete Katharina SCHMIDT (W) brachte den Entschließungsantrag der Klubs der Weißen und Türkisen ein, in dem umfangreiche Präventionsmaßnahmen gefordert werden. Dazu zählen Workshops für die fünfte und neunte Schulstufe, Informationen an Schulen durch ausgebildetes Personal bzw. Menschen mit persönlichem Bezug, Schaffung von Vertrauenspersonen, Hilfe durch externe Hilfezentren und Information über diese Möglichkeiten an jeder Schule, sowie mehr Informationen in den Medien. Dieser Antrag fand schließlich die Unterstützung der Mehrheit der Abgeordneten des Jugendparlaments und wurde somit beschlossen.

Abgeordnete Laura FREDIANI (G) betonte die Notwendigkeit, schon früh mit der Prävention zu beginnen, und zwar ab der vierten Klasse

Volksschule. Zu diesem Zeitpunkt beginne der Stress durch die Schularbeiten, außerdem würde der Wechsel in die Hauptschule oder AHS für die Kinder eine große Herausforderung darstellen. Deshalb griffen, so Frediani, immer mehr SchülerInnen zu Suchtmitteln.

Abgeordneter Peter SCHWAIGHOFER (T) plädierte dafür, mehr Vorträge durch SpezialistInnen zum Thema Drogenmissbrauch anzubieten. Auch er zeigte sich skeptisch, was den Einsatz von SchulpsychologInnen betrifft. Viel besser sind ihm zufolge Vertrauenspersonen.

Abgeordneter Christoph EGGER (W) unterstrich die Bedeutung der Prävention als wichtigste Maßnahme zur Senkung des Drogenkonsums. Prävention habe Vorrang vor Kontrolle und Strafe, sagte er, man könne nur an die Vernunft der Jugendlichen appellieren. Auch er vertrat die Auffassung, dass der Einsatz von VertrauenslehrerInnen besser als jener von SchulpsychologInnen sei.

Abgeordnete Ina SOMVILLA (G) thematisierte die steigenden Stresssituationen für Kinder bereits ab der vierten Schulstufe. Sie brachte daher einen Entschließungsantrag ein, wonach schon in der letzten Volksschulklasse Workshops und Aufklärungsmaßnahmen durchgeführt werden sollten. Auch dieser Antrag passierte das Jugendparlament mehrheitlich.

Abgeordnete Renata BALOGH (T) unterstützte den Entschließungsantrag der Weißen und Türkisen und betonte insbesondere die Notwendigkeit, Vertrauenspersonen einzusetzen. Drogenprävention sollte in das Leitbild der Schulen aufgenommen werden.

Abgeordneter Martin WIENER (T) forderte in seiner zweiten Wortmeldung den Einsatz einer staatlich geförderten Gruppe, die gegen den Drogenmissbrauch kämpft. (Schluss)